

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/8185/1577533/selbstanzeigen-wegen-steuerhinterziehung-kurz-vor-der-10-000er-grenze-capital-umfrage-bei> abgerufen werden.

## Capital, G+J Wirtschaftsmedien

Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung kurz vor der 10.000er Grenze: 'Capital'-Umfrage bei Oberfinanzdirektionen und Ministerien: Die meisten Selbstanzeigen liegen in BW, NRW, Bayern und Hessen vor

14.03.2010 - 12:15 Uhr, Capital, G+J Wirtschaftsmedien

Hamburg (ots) - 14. März 2010 - Die Flut der wegen Steuerhinterziehung eingereichten Selbstanzeigen wird in den nächsten Tagen die Grenze von 10.000 überschreiten. Dies berichtet das Wirtschaftsmagazin 'Capital' (Ausgabe 4/2010, EVT 18. März) nach einer exklusiven Umfrage des Magazins bei allen Oberfinanzdirektionen und Finanzministerien. So lagen dort bis Mitte März bereits 9.547 Selbstanzeigen deutscher Steuerbürger vor und täglich kommen rund 250 neue Selbstanzeigen hinzu. Ausgelöst wurde dieser Run auf die Finanzämter durch den Ankauf der Schweizer Daten-CD.

Von den Bundesländern liegt Baden-Württemberg mit 2.418 Selbstanzeigen laut 'Capital' einsam an der Spitze gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 1.930. Auf dem dritten Platz liegt Bayern mit 1.625, auf dem vierten Hessen mit 1.228 Selbstanzeigen und auf dem fünften Platz Rheinland-Pfalz mit 700. Die weitere Reihenfolge: Niedersachsen (564), Berlin (359), Schleswig-Holstein (265) und Hamburg (218), Saarland (76), Bremen (54), Sachsen (39), Brandenburg (33), Thüringen (19), Sachsen-Anhalt (11) und Mecklenburg-Vorpommern mit lediglich acht bislang eingegangenen Selbstanzeigen.

Selbst erfahrene Steuerprofis sind von diesen Zahlen überrascht: "Bei der Liechtenstein-Affäre hatten wir in Baden-Württemberg insgesamt nur 121 Selbstanzeigen", erklärte Michael Grepl vom Finanzministerium Stuttgart gegenüber 'Capital'. Jetzt seien es mehr als 20 mal so viele.

Über die Höhe der hinterzogenen Steuern, die nun verspätet doch noch fließen werden, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nur spekulieren. Nach Schätzungen von Steuer-Experten in den Ämtern dürften es wohl mehrere hundert Millionen Euro werden. Bisher haben die wenigsten Bundesländer die Anzeigen entsprechend ausgewertet. Baden-Württemberg gab an, dass rund 235 Millionen Euro an Erträgen nachgemeldet wurden.

Drei Länder schätzen sogar schon die zu erwartenden Nachzahlungen: Rheinland-Pfalz rechnet mit 70 Millionen Euro, Niedersachsen mit knapp 50 Millionen Euro und Schleswig-Holstein mit 35 Millionen Euro.

@@infblk@@

Pressekontakt:  
Marcus von Landenberg,  
G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG  
Telefon: +49-69-15-30-97-777  
Telefax: +49-69-15-30-97-799  
E-Mail: [vonlandenberg.marcus@guj.de](mailto:vonlandenberg.marcus@guj.de)

Originaltext:

Capital, G+J Wirtschaftsmedien

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/8185/capital-g-j-wirtschaftsmedien>

Pressemappe als RSS:

[http://presseportal.de/rss/pm\\_8185.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_8185.rss2)